

## Globalisierung gestalten – braucht Europa noch eigene In- dustrieproduktion?

LUNCHEON SPEECH DES SÄCHSISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN, PROF. DR. GEORG MILBRADT, BEIM ROUNDTABLE DER KAS BRÜSSEL

**Sehr geehrter Herr Weilemann, meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Dank für die Gelegenheit, mich hier zu der Frage, ob Europa noch eine eigene Industrieproduktion braucht, zu äußern. Ich beantworte die Frage mit „JA“ und werde im Folgenden darlegen, warum ich dieser Meinung bin.**

Die Frage, ob Europa angesichts der Globalisierung überhaupt eine eigene Industrieproduktion braucht, verweist ja auf eine ebenso populäre wie unzutreffende Vorstellung von Globalisierung.

In dieser Vorstellung wird alles, was Europa und Amerika bisher hergestellt haben, künftig in den Schwellenländern hergestellt. Das ist falsch, und wer den deutschen Export gerade in die Schwellenländer beobachtet, weiß das.

Zunächst also: Was heißt Globalisierung? Die Globalisierung ist Folge der Öffnung der Welt, die 1989/90 mit dem Fall der Mauer und dem Ende der Blockkonfrontation stattgefunden hat. Durch den Eintritt von China und Indien in die Weltwirtschaft stehen wir vor zusätzlichen Herausforderungen.

Beide Entwicklungen bedeuten, dass sich die Zahl der Arbeitskräfte, die im Wettbewerb stehen, weltweit dramatisch erhöht hat, das vorhandene Kapital aber zunächst konstant geblieben ist. Daraus folgt für einen Ökonomen, dass Löhne, also Arbeitseinkommen, im Verhältnis zu den Kapitaleinkommen tendenziell sinken werden.

Denn Arbeitskraft ist genügend vorhanden, Kapital aber ist knapp und muss deshalb in stärkerem Maße entlohnt werden. Diese Entwicklung ist in vollem Gange, aber sie ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, sondern erst am Beginn. Dass der Kapitalzins steigt, zeigt sich daran, dass versucht wird, andere Kapital-Arbeit-Kombinationen zu realisieren. Die höchsten Renditen sind da im Augenblick aber nicht mehr in (West-) Europa zu erreichen. Das ist das neue an der Globalisierung. Die europäischen – oder besser gesagt: die westlichen Industriestaaten, in die ich die USA und Japan mit einschließen will – haben im 19 und 20. Jahrhundert eine in der Wirtschaftsgeschichte einmalige Stellung gehabt, die so kein anderer Akteur mehr wird einnehmen können:

Sie waren fast allein in der Lage, Wissen zu generieren, zu monopolisieren, und den Rest der Welt mit ihren Industrieprodukten zu versorgen. Im Austausch dafür bekamen sie billige Rohstoffe. Das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit im Zeitalter der Industrialisierung war eine Privilegierung dieser westlichen Gesellschaften.

Diese Privilegierung ist Geschichte oder wird es in absehbarer Zeit sein, weil mittlerweile ein nicht unerheblicher Teil der „Dritten Welt“ jetzt selber in der Lage ist, mit Wissen, mit Ausbildung und mit Technik am Markt teilzunehmen. Das wird insbesondere dazu führen, dass die westlichen Industrieländer relativ an Wohlstand verlieren. Ob sie absolut verlieren, hängt davon ab, wie hoch ihr Wachstum künftig ausfällt.

Klar ist: in den Industrieländern wird es Veränderungen bei der Verteilung geben. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie in der Lage, aufgrund ihres rasch wachsenden Wohlstandes einen sehr großzügigen Sozialstaat zu finanzieren; wenn man genau hinschaut, wurde er teilweise von der „Dritten Welt“ und ihren billigen Rohstoffen finanziert, nicht nur von den Reichen.

Diese Umverteilung auf hohem Niveau wird sich so nicht aufrecht erhalten lassen. Überall dort, wo die Produktivität der Arbeitskräfte niedrig ist, werden die Löhne sinken. Die Frage ist, ob es gelingen kann, die im weltweiten Vergleich relativ hohen (west)europäischen Löhne bei den mittleren und unteren Qualifikationsstufen zu halten. Leicht wird das nicht.

Der technische Fortschritt ist der andere Treiber der Globalisierung. Die Informationswege, die Möglichkeiten, Produktion weltweit zu steuern, und die Organisation einer weltweiten Arbeitsteilung innerhalb eines Unternehmens waren in diesem Maße vor 20 bis 30 Jahren noch nicht gegeben.

Ob Lebenswissenschaften oder Mikrotechnologie – der technische Fortschritt wird unsere Welt völlig verändern. Ich vermute, dass damit auch der klassische Dualismus von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Teil überwunden wird. Der Arbeitnehmer wird zum Unternehmer, denn er wird sozusagen Unternehmer seines eigenen Humankapitals. Die juristischen und gesellschaftlichen Verhältnisse werden sich in den nächsten Jahren aufgrund des technischen Wandels entsprechend verändern.

Wenn wir das alles nicht wollen, dann müssen wir bereit sein, den Preis dafür in Form von Wohlstandsverlust zu zahlen. Das sind wir aber offensichtlich nicht. Unser innerer Zusammenhalt, den wir auch weiterhin bewahren wollen, beruht auf einem gewissen Maß an Wohlstand. Deswegen müssen wir uns dieser weltweiten Konkurrenz stellen. Und zwar nicht nur mit Dienstleistungen, sondern mit einer eigenen Industrieproduktion. Wir brauchen die Industrie, um die relative Wohlstandsposition Europas zu halten.

Ich glaube, Europa hat grundsätzlich günstige Voraussetzungen, um im globalen Wettbewerb der Industrieländer erfolgreich zu sein. Wir haben hier in Europa das Know-how, die Produkte, die Forschung, die Infrastruktur, die es braucht, um auf den Weltmärkten mitspielen zu können.

Das gilt insbesondere für alte Industrieländer wie Deutschland oder Frankreich.

Sie sind gut in die Weltwirtschaft integriert und profitieren von der starken Nachfrage der Schwellenländer nach Investitionsgütern und anspruchsvollen Konsumgütern, bei denen Europa noch immer einen Vorsprung hat.

In dem Maße, wie der Wohlstand der Schwellenländer zunimmt, steigt auch die Nachfrage nach europäischen Produkten. Davon profitiert auch Sachsen, insbesondere der Maschinen- und Anlagenbau mit rund 1000 Unternehmen, 100.000 Mitarbeitern und einem Exportanteil von 42%. Zum Beispiel werden chinesische Handys mit Hilfe sächsischer Technik montiert.

Deshalb gilt: Die Globalisierung ist keine Gefahr für Europa, sondern eine große Chance – wenn unsere Industrie wettbewerbsfähig ist. Um diese Chance zu nutzen, muss Europa seinen Innovationsvorsprung sichern und ausbauen.

Mit polnischen, lettischen oder chinesischen Löhnen können wir nicht konkurrieren. Hochlohn-Produktion in Europa lohnt sich aber, wenn unsere Produkte besser sind oder die Produktion flexibler ist als jene der Billiglohn-Konkurrenz.

In diese Richtung – Hochlohnproduktion von innovativen Produkten – wird die europäische Wirtschaft den Strukturwandel weiter vorantreiben.

Der Politik muss für diesen wirtschaftlichen Strukturwandel die richtigen Bedingungen schaffen. Zum Beispiel, indem sie massiv in Forschung und Entwicklung neuer Technologien investiert. Dabei nehmen die EU und die Nationalstaaten viel Geld in die Hand.

Das Ziel der Lissabon-Strategie sind drei Prozent des EU-BIP.

Sachsen zum Beispiel hat eine Exzellenzinitiative gestartet, um die Forschung und Lehre an seinen Hochschulen im Bereich der Mikro- und Nanoelektronik zu stärken. Im Sinne des Lissabon-Ziels können wir zu diesem Zweck auf EFRE-Mittel zurückgreifen.

Aber: die Forschung zu stärken ist das eine. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Ergebnisse dieser Forschung hier in Europa produziert werden. Wir müssen hier in Europa komplette Wertschöpfungsketten aufbauen, die von der Grundlagenforschung bis zum Endprodukt und dessen Vermarktung reichen.

Das heißt: Wir dürfen nicht nur die Entwicklung neuer Chips und neuer Produktionsverfahren für ihre Herstellung fördern. Wir müssen auch dafür sorgen, dass diese neuen Chips in der EU produziert werden statt in Taiwan oder im Staat New York.

Denn sonst laufen wir Gefahr, dass die Forschung der Industrie hinterher zieht. Gerade bei sich schnell entwickelnder Hochtechnologie ist die Nähe von Forschung und Industrie wichtig. Wo es keine Produktion mehr gibt, wird es auf Dauer auch keine Forschung mehr geben. Ohne die Industrie verliert Europa auch seine Forschung.

Wir müssen deshalb erkennen, dass es nicht reicht, Wettbewerbspolitik nur für den europäischen Binnenmarkt zu machen und im globalen Kontext auf die WTO zu vertrauen. Das gilt insbesondere für den Bereich der Hochtechnologie. Unsere Hauptwettbewerber Amerika und Asien verfolgen hier eine völlig andere Strategie. Sie fördern die Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen, wegen der damit verbundenen Wohlstandseffekte.

Sie sehen die Hochtechnologie vielmehr unter Machtgesichtspunkten. Sie wollen sich den Zugang zu den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts sichern, weil sie glauben, dass der Besitz dieser Technologien langfristig nicht nur über den ökonomischen

Erfolg entscheidet, sondern auch über politische Macht. Wenn Europa in diesem technologischen Wettlauf nicht der Verlierer sein will, werden wir die Frage nach einer europäischen Standortpolitik stellen müssen.

Ich weiß – ich bin selber Marktwirtschaftler –, dass man hier an ein Tabu rührt und dass man hier auch sehr schnell auf eine ganz schiefe Ebene kommt. Aber ich habe am Beispiel der europäischen Mikroelektronik, deren wichtigster Standort Dresden ist, gesehen, wie dieses Spiel läuft. Die Vorstellung, dass sich ein High-Tech-Unternehmen nur allein aufgrund der guten Standortbedingungen bei uns ansiedelt, ist falsch!

Es gibt eine Reihe von Orten oder Regionen in der Welt, wo es sehr gute Standortbedingungen für Unternehmen der Mikroelektronik gibt. An welchem dieser Orte eine Investition erfolgt, hängt davon ab, was von staatlicher Seite über die optimalen Bedingungen hinaus geboten wird. Singapur bietet beispielsweise langfristige Steuerfreiheit.

Die Frage, welche wir uns in der EU stellen müssen, lautet also: Wollen wir bei Schlüsseltechnologien wie der Mikroelektronik weltweit mitspielen oder nicht? Wollen wir, dass Unternehmen wie AMD die nächste Generationen von Chipfabriken in Europa baut, oder nicht?

Wenn ja, dann müssen wir uns darauf einigen, in welchem Umfang die EU Geld bereitstellt und nationale Beihilfen oder steuerliche Sonderregelungen genehmigt, damit AMD und andere Unternehmen an einem der dafür in Frage kommenden, strukturell gleichwertigen Standorte in Europa investieren und nicht in Asien oder den USA.

Hier ist Brüssel gefragt, denn nationale Alleingänge sind wegen der erforderlichen Finanzmittel und der institutionellen Rahmenbedingungen schon lange nicht mehr möglich. Eine solche europäische Industriepolitik wird darüber entscheiden, ob Europa bei den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts dabei ist oder nicht.

Ich begrüße daher, dass auch auf europäischer Ebene die notwendige Diskussion dar-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**BELGIEN**

GEORG MILBRANDT

**April 2007**

[www.kas.de/belgien](http://www.kas.de/belgien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

über begonnen hat, wie die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Amerika und Asien wahren und ausbauen kann. Denn die Binnenmarktsicht reicht hier langfristig nicht.

Ich bin gespannt, inwieweit sich dies in der für Juli erwarteten Midterm-Review zur Europäischen Industriepolitik niederschlägt.

Meine Damen und Herren, wenn die EU sich grundsätzlich für eine solche Politik entscheidet, muss sie noch zwei Fragen klären: In welchen Sektoren halten wir eine europäische Technologieführerschaft für unabdingbar? Und wie weit soll das Beihilfenregime für diese Sektoren gelockert werden? Diese Fragen überhaupt zu stellen, fällt mir als Ordnungspolitiker nicht leicht. Ich bin für das freie Spiel der Marktkräfte und gegen Subventionen. Aber wir sind hier in einer Zwangslage, aus der man allein mit Ordnungspolitik nicht mehr herauskommt, einfach weil wir ohne Subventionen gegen Amerika und Asien keine Chance mehr haben.

Meine Antwort: ein förderungswürdiger Sektor muss für die wirtschaftliche Entwicklung der EU von strategischer Bedeutung sein. Das heißt, er muss Grundvoraussetzung für die Entwicklung anderer Sektoren sein, und er muss eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung und den Ausbau bestehender und künftiger Wertschöpfungsketten haben. Bei nüchterner Betrachtung kommen da nur wenige Branchen in Frage: Die Mikroelektronik, die schon heute die Grundlage für Innovationen in allen wichtigen Industriebereichen ist. Die Luft- und Raumfahrt, die von der EU bereits besonders gefördert wird. Die Biotechnologie, die künftig eine ähnliche Schlüsselrolle einnehmen wird wie heute die Mikroelektronik.

Die EU sollte sich auf diese und vielleicht noch ein, zwei andere Sektoren, etwa die Energie- und Umwelttechnik, konzentrieren. Was den Umfang der Förderung betrifft: Meines Erachtens sind staatliche Beihilfen, die 50 Prozent der Investitionssumme betragen, bereits grenzwertig.

Sicherlich müssen wir Anreize setzen, damit Europa beim globalen Wettbewerb um Produktionsstätten mithalten kann. Europas Wettbewerbsfähigkeit wird aber nicht besser, wenn der Staat den Unternehmern jegliches Risiko abnimmt.

Wenn es gelingt, mit einer internationalen Standortpolitik neue Spielregeln für den Wettbewerb aufzustellen, dann wird Europa und vor allem Europas Industrie weiterhin im globalen Wettbewerb mithalten können. Dann kann man auch in zehn Jahren sagen: Ja, Europa ist ein Gewinner der Globalisierung.

Globalisierung gestalten heißt deshalb heute für die EU, die Basis einer High-Tech-Industrieproduktion zu sichern und auszubauen. Denn davon hängt die Entwicklung der europäischen Industrieproduktion ab. Und davon wiederum die relative Wohlstandsposition Europas, also das Maß der Umverteilung, das wir uns leisten können.

Deshalb beantworte ich Herrn Weilemanns Frage, ob Europa eine eigene Industrieproduktion braucht, mit JA.

Vielen Dank.